



Bundestags- brief

Nr.272 •Die Woche im Bundestag• 11.09.2020



Eine „Kulturmilliarde“ zur Bekämpfung der Corona-Folgen

Mit dem Rettungs- und Zukunftspaket NEUSTART KULTUR in Höhe von rund einer Milliarde Euro reagiert die Bundesregierung auf die unmittelbaren Auswirkungen der Coronakrise auf die Kultur und die Künste, die von der Corona-Krise ins Mark getroffen wurden. Denn wie kein anderer Teilbereich unserer Gesellschaft leben kulturelle und künstlerische Angebote von der direkten Begegnung der Kreativen mit ihrem Publikum.

Konkret werden im Rahmen des Programms NEUSTART KULTUR zum Beispiel Musikclubs und Livemusik-Orte bei der Neuorientierung sowie Präsentation ihrer Livemusik unterstützt. Mit weiteren Millionen fördert der Bund die Wiederaufnahme des Spielbetriebes durch Livemusik-Veranstalter und Musikfestivals aller Genres.

Die Kinos in unserem Land werden mit zwei großen Programmen im Gesamtvolumen von mehr als 60 Millionen Euro unterstützt. Zur Ermöglichung z.B. neuer Filmproduktionen stellt der Bund im Rahmen von NEUSTART KULTUR 50 Millionen Euro für einen sogenannten Ausfallfonds bereit.

Auch die Bildende Kunst profitiert von Unterstützungsmaßnahmen des Bundes. So stehen allein 10 Millionen Euro für ein Stipendienprogramm für bildende Künstlerinnen und Künstler zur Verfügung. Auch für die Kultur- und Vermittlungsarbeit der Galerien sind großflächig Hilfen vorgesehen.

All diese Beispiele, die nur eine kleine Auswahl der Unterstützungsmaßnahmen darstellen, zeigen, dass der Bund Künstler, Kreative und kulturelle Einrichtungen nicht im Stich lässt.

Das Corona-Virus ist wie ein Angriff auf ein Lebensmodell der Kreativ-Welt. Kultur fehlt uns jetzt, denn sie ist kein Luxus, den wir uns nur in guten Zeiten gönnen. Sie gehört zum gesellschaftlichen Miteinander; deshalb tun wir alles, um die Kultur in unserer Mitte wiederzubeleben.

Unser politischer Gestaltungsanspruch lautet „Jetzt. Zukunft.“

In Krisenzeiten vertrauen die Bürgerinnen und Bürger der Union. Laut Prof. Renate Köcher vom Institut für Demoskopie Allensbach erstreckt sich dieses Vertrauen auch auf die Zukunftskompetenz.

Der Union wird – vor allen anderen Parteien – am ehesten zugetraut, die richtigen Ideen für Deutschlands Zukunft zu entwickeln. Mit unserer Fraktionsklausur am 2. September unter dem Motto „Jetzt. Zukunft.“ haben wir unseren politischen Gestaltungsanspruch für die kommenden Monate bis zur Bundestagswahl und darüber hinaus eindrucksvoll untermauert.

Deutschlands Zukunftsfähigkeit braucht schnellere Investitionen

Klare Prioritäten und schnelle Investitionsentscheidungen sind die Grundlage für sichere Arbeitsplätze und einen leistungsfähigen Staat.

Wir beraten deshalb in dieser Woche das Investitionsbeschleunigungsgesetz (Beschluss im Koalitionsausschuss am 8.März). Unser Ziel sind einfachere und schnellere Verfahren bei der Umsetzung von Infrastrukturprojekten (u.a. Raumordnung, Planfeststellung und Verwaltungsgerichtsbarkeit).

Auf diese Weise sichern wir unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit und stärken langfristig den Investitionsstandort Deutschland.

Wehrhafte Demokratie nach innen und nach außen

Im Namen der Unionsfraktion möchte ich noch einmal allen Polizistinnen und Polizisten danken, die in der vergangenen Woche den Reichstag beschützt haben. Ihr großer persönlicher Einsatz war vorbildlich und verdient unser aller Respekt.

Demonstrations- und Meinungsfreiheit sind ein hohes Gut, gerade in Pandemie-Zeiten. Gleiches gilt allerdings auch für den Schutz des Parlaments und unsere Unabhängigkeit als Volksvertreter. Solche Angriffe auf unseren Rechtsstaat werden wir nicht dulden – egal ob von rechts oder von links wie aktuell in Leipzig.

Finanzspritze für Krankenhäuser

In erster Lesung hat der Bundestag in dieser Woche das Krankenhausstrukturgesetz beraten. Dabei geht es um ein Investitionsprogramm für Krankenhäuser, damit diese für künftige Pandemie-Fälle besser gewappnet sind.

So stellt der Bund drei Milliarden Euro für Notfallkapazitäten, die Digitalisierung und die IT-Sicherheit bereit. Die Länder sollen weitere 1,3 Milliarden Euro für Investitionen beisteuern. Verlängert werden auch Regelungen zur finanziellen Entlastung und Unterstützung im Bereich der Pflege, um die Auswirkungen der Corona-Pandemie abzufedern.

Unterstützung für Familien

Unterstützt werden auch Familien: Nach der Erhöhung des Kindergelds im Jahr 2018 um zehn Euro soll das Kindergeld ab 2021 um weitere 15 Euro erhöht werden.

Gleichzeitig werden auch der Grund- und der Kinderfreibetrag erhöht. Durch eine Änderung des Einkommensteuertarifs wird sichergestellt, dass der Effekt der sogenannten Kalten Progression nicht eintreten kann. So wird eine Entlastung für alle Steuerzahler geschaffen und Familien durch ein höheres Kindergeld gefördert. Das Gesetz war für die erste Lesung im Plenum des Deutschen Bundestages auf der Tagesordnung und soll zum Jahresanfang 2021 in Kraft treten.

Anreiz zum Kauf sauberer Autos

Ein wichtiges Instrument des Klimaschutzprogramms 2030 ist die geplante Änderung der KfZ-Steuer. Zukünftig soll sich die Höhe der Steuer am CO₂-Ausstoß des Kraftfahrzeugs orientieren: je höher der CO₂-Ausstoß, desto höher die Steuer. So wird für Interessenten ein Anreiz geschaffen, emissionsärmere Autos zu kaufen. Ein entsprechender Gesetzentwurf war zur ersten Lesung im Deutschen Bundestag und wird nun in den Fachausschüssen weiter beraten.

Corona-Krise: Erholung für den Einzelhandel in Sicht

Der Einzelhandelsumsatz in der Europäischen Union hat sich von den Einschränkungen der Corona-Krise weiter erholt. Laut Schätzungen der Europäischen Statistikbehörde Eurostat lag das kalender- und saisonbereinigte Plus im Juni 2020 im Vergleich zum Vormonat bei 5,2 Prozent.

Bereits im Mai hatte der Einzelhandel einen Zuwachs von 18,3 Prozent gegenüber dem Vormonat gemeldet. Damit erreichte der Umsatz wieder das Niveau vom Februar 2020, dem Monat vor Beginn der Corona-Krise. Im März (-9,6 Prozent) und April (-11,3 Prozent) musste der Einzelhandel europaweit wegen der vorübergehenden Geschäftsschließungen starke Umsatzeinbußen im Vormonatsvergleich hinnehmen.

Die kalenderbereinigten Umsätze im EU-Einzelhandel lagen im Juni 2020 insgesamt um 1,3 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Innerhalb der EU ergab sich ein gemischtes Bild. Am deutlichsten unter Vorjahresniveau blieben die Einzelhandelsumsätze im Juni 2020 in Bulgarien (-18,1 Prozent) und Malta (-8,4 Prozent). In 14 EU-Staaten lag der Umsatz im Juni 2020 hingegen über dem Niveau von Juni 2019. Dazu gehörten neben Deutschland (+3,2 Prozent, vorläufiger Wert) zum Beispiel auch Irland (+10,2 Prozent) und Frankreich (+5,0 Prozent).

Quelle: Eurostat/Destatis.